

Informationsdienst

Aus der Landesgeschäftsstelle

<u>Arbeit und Bildung als „Grundthema des Menschseins“</u> Strategieforum Arbeit und Bildung	S. 2
<u>Recherchepreis Osteuropa ausgeschrieben</u> Hilfswerke stiften Preis zur fundierten Berichterstattung	S. 4
<u>Aufruf zur Solidarität mit Menschen auf der Flucht</u> Welttag der Migranten und Flüchtlinge	S. 5
<u>Geplante Wohnungslosenstatistik ist wichtiger Schritt</u> Nicht alle Betroffenen werden von geplanter Erhebung erfasst	S. 7
<u>Neue Landes-Gehörlosen-Pfarrerin</u> Investitur von Daniela Milz-Ramming	S. 8
<u>Jobcenter müssen für stigmatisierungsfreie Auszahlung sorgen</u> Diakonie Württemberg fordert Rückkehr zur Barauszahlung	S. 9
<u>LEA Mittelstandspreis für soziale Verantwortung ausgeschrieben</u> Gesellschaftliches Engagement und wirtschaftlicher Erfolg zählen	S. 10
<u>Verantwortungsvolle Führung öffentlicher Unternehmen</u> Neuer Deutscher Public Corporate Governance-Musterkodex veröffentlicht	S. 12

Aus den Regionen

<u>Bundesweit erste evangelische Fairtrade-Fachschule für Sozialpädagogik</u> Auszeichnung für Erzieherausbildung in Herbrechtingen	S. 13
<u>Diakonie Stetten erinnert an ermordete Menschen mit Behinderungen</u> Zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus	S. 14
<u>Grafische Werkstätte hat technisch aufgerüstet</u> Druckerei der BruderhausDiakonie stellt ihre Produktion digital um	S. 15

Kurznachrichten S. 16

Personalnachrichten S. 17

Redaktion: Anna-Lena Gieche

Arbeit und Bildung als „Grundthema des Menschseins“

Allen Menschen auskömmliche Arbeit und gute Bildung ermöglichen: Oberkirchenrat Dieter Kaufmann und Staatssekretärin Katrin Schütz vom Wirtschaftsministerium waren sich zum Auftakt des Strategieforums Arbeit und Bildung einig, dass sie weiterhin gemeinsam daran arbeiten.

Stuttgart. Gott stelle sich den Menschen von Anfang an als arbeitenden Menschen vor, erläuterte Kaufmann. Sich verwirklichen, für sein Auskommen sorgen zu können, aber auch zu sich und zum Nachdenken zu kommen – das sei „Grundthema des Menschseins“. Eine gute gesellschaftliche Entwicklung und einen stabilen Wirtschafts- und Arbeitsmarkt verspricht sich Katrin Schütz davon, wenn möglichst viele Menschen eine erfüllende Arbeitsstelle haben. Es sei aber auch gesellschaftliche Verantwortung, auf die zu achten, die dies nicht schaffen. Schütz lobte Arbeits-, Beschäftigungs- und Bildungsträger gerade auch aus dem kirchlich-sozialen Bereich als gute Partner. Corporate Social Responsibility werde Schwerpunkt in der Wirtschaftspolitik, auch aufgrund der positiven Erfahrungen mit dem Lea-Mittelstandspreis, den das Wirtschaftsministerium gemeinsam mit den kirchlichen Wohlfahrtsverbänden im Land ausschreibt und verleiht.

Als ein Beispiel für das Engagement von Kirche und Diakonie für langzeitarbeitslose und arme Menschen stellten Kaufmann und Abteilungsleiter Thomas Stürmer die Beschäftigungs- bzw. Teilhabegutscheine vor. Von 2013 bis zu diesem Jahr stellte die württembergische Landessynode insgesamt 2,4 Millionen Euro dafür bereit. Von Kirchengemeinden können diese Gutscheine für die Beschäftigung langzeitarbeitsloser Menschen beantragt werden. Die Tätigkeit kann dort oder bei einem Beschäftigungsunternehmen sein. Als neues Vorhaben stellte Stürmer die Social Impact Vouchers vor. Beim Projekt Interreg, an dem sich die Diakonie Württemberg beteiligt, tritt die Neue Arbeit als Lead auf: Elf Partner aus acht Ländern tauschen sich darüber aus, wie Langzeitarbeitslosigkeit verringert werden kann. Dabei soll auch das Modell der Beschäftigungsgutscheine weiterentwickelt werden.

Inci Wiedenhöfer, Leiterin der Geschäftsstelle Mittelstandspreis für soziale Verantwortung in Baden-Württemberg, stellte den Lea-Mittelstandspreis als Beispiel für die Auszeichnung kleiner und mittlerer Unternehmen, die sich sozial engagieren, vor. Das Wirtschaftsministerium und die kirchlichen Wohlfahrtsverbände im Land verleihen den Preis.

Die Arbeitshilfe der Diakonie „Gemeinsam verantwortlich“ stellte Wolfgang Hinz-Rommel, Leiter der Abteilung Freiwilligen Engagement im Diakonischen Werk Württemberg, vor. Sie soll diakonische Einrichtungen beim Aufbau von Kooperationen mit Unternehmen unterstützen und zu langfristigen Partnerschaften verhelfen. Die Arbeitshilfe enthält Best Practice Beispiele, stellt das Spektrum von Kooperationsformen vor und beinhaltet einen Fünf-Schritte-Plan zur erfolgreichen Zusammenarbeit.

Zehn gehörlose Menschen integriert die Firma H.P. Kaysser aus Leutenbach in Kooperation mit der Paulinenpflege Winnenden in den laufenden Betrieb. In der „Lernfabrik“ werden junge Menschen mit Fluchterfahrung ausgebildet. „Für uns sind diese Mitarbeiter eine große Bereicherung. Diese Vielfalt tut uns gut und gehört zu unserer Firmenphilosophie“, erklärte Thomas Kaysser. Das Unternehmen war zum zweiten Mal in Folge zum Beispielhaften Unternehmen im Bezug auf CSR-Aktivitäten geehrt worden. Im Zusammenwirken mit der Paulinenpflege Winnenden gilt das Unternehmen als Vorbild und gutes Beispiel für gesellschaftliche Verantwortung. Dabei sei vor allem die Kommunikation untereinander wichtig, betonten beide Seiten. Zuhören, Grenzen anerkennen und neues wagen sei aber genau so Teil des Ganzen.

Weitere Informationen: Thomas Stürmer, Abteilungsleiter Landkreis- und Kirchenbezirksdiakonie und Existenzsicherung, Tel.: 0711 1656-117, E-Mail: steuermer.t@diakonie-wuerttemberg.de

Recherchepreis Osteuropa ausgeschrieben

Die Berichterstattung aus Osteuropa stärken: Das ist das Ziel des Recherchepreises Osteuropa, der herausragenden Journalistinnen und Journalisten die Recherche und Produktion aufwändiger Printreportagen ermöglicht. Er wird von der evangelischen Aktion Hoffnung für Osteuropa und der katholischen Aktion Renovabis im Geist der Ökumene vergeben.

Stuttgart/Freising. Der Recherchepreis Osteuropa wird 2020 zum siebten Mal ausgeschrieben. Gefördert wird die Recherche von Sozialreportagen aus Mittel-, Ost- oder Südosteuropa, die gesellschaftliche und politische Entwicklungen thematisieren und den Alltag der Menschen in den Blick nehmen. Der Preis ist mit bis zu 7.000 Euro dotiert. Über die Vergabe des Stipendiums entscheidet eine Jury aus renommierten Journalistinnen und Journalisten sowie Vertretern der ausschreibenden Organisationen.

Die Preisträger 2019 waren Robert Putzbach, Johanna-Maria Fritz und Philip Jokić mit einer Recherche zum Fachkräftemangel im Pflegebereich. Am Beispiel Serbien und Bosnien-Herzegowina zeigten sie verschiedene Perspektiven ausgewanderter Pflegekräfte und ihrer Familien auf und untersuchten Lösungsmöglichkeiten und Strategien für den Arbeitsmarkt in den Herkunftsländern.

Weitere Informationen und die offizielle Ausschreibung zum Recherchepreis Osteuropa 2020 sind unter www.renovabis.de/recherchepreis zu finden.

Weitere Informationen: Dr. Birgit Susanne Dinzinger,
Abteilungsleiterin Migration und Internationale Diakonie,
Tel.: 0711 1656-377, E-Mail: dinzinger.b@diakonie-wuerttemberg.de

Aufruf zur Solidarität mit Menschen auf der Flucht

Zum Welttag der Migranten und Flüchtlinge ruft die Diakonie Württemberg zur Solidarität mit Menschen auf der Flucht auf. „Wir machen besonders aufmerksam auf die Menschen, die in unwürdigen Zuständen in den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln leben“, sagt Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg.

Stuttgart. In diesen sogenannten Hotspots seien Inhaftierungen von Schutzsuchenden, mangelnde Gewährleistung der Identifikation besonders Schutzbedürftiger, unzureichender Zugang zu medizinischer Versorgung und schulischer Bildung sowie die Aushebelung des Rechtsschutzes im Asylverfahren Alltag. „Dieser Hotspot-Ansatz untergräbt systematisch die Menschenrechte von Schutzsuchenden und gehört daher sofort beendet“, fordert Dieter Kaufmann.

Auch auf dem griechischen Festland ist nach Ansicht der württembergischen Diakonie die Situation geflüchteter Menschen wegen fehlendem Schutz- und Versorgungssystem höchst prekär. Dabei hätte eine Vielzahl von Personen das Recht, durch Familienzusammenführungen in andere EU-Staaten umzusiedeln und mit ihren Familienangehörigen vereint zu werden. „Die Familieneinheit ist ein hohes Gut und die Aufnahme von Familienangehörigen kein behördlicher Gnadenakt, sondern beruht auf einem Rechtsanspruch“, so Kaufmann. Laut einer Bundestagsanfrage wurden allein 2019 rund 75 Prozent aller Gesuche zur Familienzusammenführung aus Griechenland von Deutschland abgelehnt.

Die Diakonie Württemberg kooperiert mit ihrer Partnerorganisation NAOMI im griechischen Thessaloniki. NAOMI begleitet in vielfältiger Weise Menschen auf der Flucht und sieht ihre Aufgabe als eine doppelte Mission: Notfallhilfen für besonders Schutzbedürftige zu geben und Integrationsmaßnahmen zu fördern.

Hintergrund:

Mit 70,8 Millionen Menschen waren laut dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNCHR) noch nie so viele Menschen auf der Flucht wie bisher. Die Tendenz ist weiter steigend. Die Folgen der Abschottungspolitik Deutschlands und anderer mittel- und westeuropäischer Staaten werden besonders in Griechenland deutlich: Für diejenigen, die trotz der Schließung der sogenannten Balkan-Route und dem EU-Türkei-Deal ankommen, wird Griechenland in der Regel zur Endstation. Folglich ist das unzureichende Schutzsystem in Griechenland überfordert und ein Leben in Sicherheit und Würde kaum möglich.

Die Diskrepanz zwischen weltweit steigenden Flüchtlingszahlen und der Meldung aus Deutschland, dass die Zahl der Asylersanträge im Jahr 2019 laut dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erneut zurückgegangen ist, erklärt sich dadurch, dass die Europäische Union als Ganzes ihre Au-

ßengrenzen rigoros gegenüber Menschen auf der Flucht abschottet. Zudem wird die Verantwortung für neu ankommende Geflüchtete durch die Dublin-Verordnung und weitere Abkommen auf einzelne EU-Staaten an den EU-Außengrenzen abgewälzt.

Weitere Informationen: Dr. Birgit Susanne Dinzinger,
Abteilungsleiterin Migration und Internationale Diakonie,
Tel.: 0711 1656-377, E-Mail: dinzinger.b@diakonie-wuerttemberg.de

Geplante Wohnungslosenstatistik ist wichtiger Schritt

Der Bundestag berät abschließend über den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Einführung einer bundesweiten Wohnungslosenberichterstattung sowie einer Statistik untergebrachter wohnungsloser Personen. Die Diakonie begrüßt dies als grundsätzlich wichtigen Schritt, um eine belastbare Grundlage für eine praxisnahe und zielgerichtete Sozialpolitik zu erhalten.

Stuttgart. „Wir befürworten die Einführung der bundesweiten Wohnungslosenstatistik sehr. Die Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg hat bereits im vergangenen Jahr beschlossen, alle Einrichtungen und Dienste der kommunalen als auch der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg zu erfassen. Wir fordern, dass wir im Rahmen der bundesweiten Erfassung zeitgleich unsere landesspezifischen Fragestellungen ergänzen können“, so Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender der Diakonie Württemberg. Um die Ergebnisse in Württemberg zu interpretieren, sei die Etablierung eines gemeinsamen Beirats unter Beteiligung der freien Träger und der kommunalen Seite wichtig und unerlässlich. Auch die Diakonie Deutschland unterstreicht dies: „Wer nicht weiß, wie groß ein gesellschaftliches Problem ist, hat keine Grundlage für eine angemessene Politik und vorbeugende Maßnahmen gegen Wohnungsnotfälle und Wohnungslosigkeit“, so Maria Loheide, Vorstand Sozialpolitik der Diakonie Deutschland.

Das Gesetzesvorhaben der Bundesregierung erfasse nicht alle betroffenen Menschen, kritisiert die Diakonie. Sie empfiehlt daher, die vorgesehene Begleitforschung so weiterzuentwickeln, dass tatsächlich alle faktisch wohnungslosen Menschen erfasst werden. Dazu gehören sowohl Straßenobdachlose als auch Menschen, die vorübergehend bei Freunden oder Bekannten wohnen. Es müsse zudem alles getan werden, um solche prekären Wohnsituationen zu vermeiden. Zusätzlich soll zur vorgesehenen Stichtagserhebung eine Erhebung einer Gesamtjahreszahl erfolgen, die die Größenordnung von Wohnungsnotfällen und Wohnungslosigkeit umfassender abbildet.

Weitere Informationen: Thomas Stürmer, Abteilungsleiter Landkreis- und Kirchenbezirksdiakonie und Existenzsicherung, Tel.: 0711 1656-117, E-Mail: stuerner.t@diakonie-wuerttemberg.de

Neue Landes-Gehörlosen-Pfarrerin

Daniela Milz-Ramming ist die neue Landes-Gehörlosenpfarrerin für Württemberg. In einer feierlichen Investitur wurde sie in ihr Amt eingeführt.

Stuttgart. Begeisterung für Gebärdensprache und Einfühlungsvermögen in die Lebenssituation von Gehörlosen – beides bringt Pfarrerin Daniela Milz-Ramming für ihre neue Stelle mit. Im Januar wurde sie in der Stuttgarter Markuskirche in ihr Amt als Landespfarrerin für Gehörlosenseelsorge eingeführt. „Ich will dich leiten mit meinen Augen“ – mit diesem Bibelwort schlug Milz-Ramming in ihrer Predigt eine Brücke zwischen der Bibel und der Welt der Gehörlosen. Denn Gehörlose kommunizieren nicht nur mit den Händen, genauso brauchen sie dabei auch ihre Augen und die Mimik. Ein Blick kann mehr als tausend Worte bedeuten.

Oberkirchenrat Dieter Kaufmann und Kirchenrätin Dr. Karin Grau führten die Investitur durch und auch Pfarrer Ulrich Hartmann vom Leitungskreis Gehörlosenseelsorge und Kirchenrätin Eva-Maria Armbruster, Vorstand Sozialpolitik des Diakonischen Werks, waren an diesem besonderen Gottesdienst beteiligt. Während früher von Gehörlosen erwartet wurde, dass sie sich, ohne selbst zu hören, in der Welt der Hörenden zurechtfinden, ist es heute selbstverständlich, dass die deutsche Gebärdensprache erlernt wird, bevor man in der Seelsorge für gehörlose Menschen tätig wird. So war auch die Hauptsprache des Investitur-Gottesdienstes die Gebärdensprache und wurde beispielsweise vom Stuttgarter Gebärdenchor mit Liedbeiträgen in Gebärden begleitet.

Die Geschäftsstelle des Landesgehörlosenpfarramts ist in der Landesgeschäftsstelle des Diakonischen Werks Württemberg angesiedelt. Als Hauptamtliche sind dort die neue Landespfarrerin Milz-Ramming, ein Diakon und ein Pfarrer mit halber Pfarrstelle angestellt. Gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen, die diese Aufgabe als Nebenamt übernehmen, bietet die Gehörlosenseelsorge jährlich ca. 180 gebärdensprachliche Gottesdienste an 20 Orten in Württemberg an. Ebenso gehören Reisen, Ausflüge, Kasualien und Seelsorgegespräche dazu.

Weitere Informationen: Jochen Ziegler, Abteilungsleiter Behindertenhilfe und Psychiatrie, Tel.: 0711 1656-214, E-Mail: ziegler.j@diakonie-wuerttemberg.de

Jobcenter müssen für stigmatisierungsfreie Auszahlung sorgen**Die Diakonie Württemberg kritisiert die seit Ende 2019 flächendeckende Abschaffung von Barauszahlung der Jobcenter.**

Stuttgart. Anstatt der Barauszahlungen werden gedruckte Barcodes ausgegeben, die an Supermarktkassen eingelöst werden können. Auch Überweisungen, wie beispielsweise höhere Nachzahlungen an den Stromversorger, werden über Barcodes an der Supermarktkasse erfasst. Dies betrifft alle Personen, die Ansprüche auf ALG II/Hartz-IV-Leistungen haben. Menschen in Notlagen, die eine sofortige Auszahlung brauchen, und wohnungslose Menschen, die sich das Existenzminimum von 14,13 Euro (424 Euro/30 Tage) täglich abholen müssen, sind in ihrem nächsten Umfeld somit offen identifizierbar und haben keinerlei Schutz vor Stigmatisierung. „Das Leben mit dem Existenzminimum ist für niemanden leicht, besonders Menschen ohne Wohnung müssen vielfältige Einschränkungen hinnehmen. Alltägliche Besuche im Supermarkt müssen ohne Scham möglich sein. Wir fordern die Jobcenter auf, Barauszahlungen stigmatisierungsfrei zu gestalten“, sagt Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg. Man dürfe einen Menschen nicht bloßstellen: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“, das ist Teil des biblischen Gebotes der Nächstenliebe“, so Kaufmann weiter.

Besonders wohnungslose Menschen sind von dieser Regelung betroffen. Bei Auszahlung des Tagessatzes kann häufig nicht auf eine Kontoüberweisung verwiesen werden, da die Überweisungsdauer zu lange dauern würde oder häufig kein Konto besteht. Die Diakonie Württemberg fordert eine Rückkehr zur Barauszahlung von Jobcentern, um die Betroffenen zu schützen.

Weitere Informationen: Thomas Stürmer, Abteilungsleiter Landkreis- und Kirchenbezirksdiakonie und Existenzsicherung, Tel.: 0711 1656-117, E-Mail: stuermer.t@diakonie-wuerttemberg.de

LEA Mittelstandspreis für soziale Verantwortung ausgeschrieben

Unternehmen, die sich für das Gemeinwesen einbringen, sind große Vorbilder: Sie zeigen, wie sich die Gesellschaft sozialer und umweltfreundlicher gestalten lässt. Mit ihren Ideen inspirieren sie ihr Umfeld und geben Impulse, selbst aktiv zu werden und an einem sozialen Miteinander mitzuwirken – sei es in der Nachbarschaft oder weltweit. Mittelständische Unternehmen unterstützen etwa mit Partnern Flüchtlinge bei der Integration in den Arbeitsmarkt, sie setzen sich für Bildung für benachteiligte Kinder ein oder für den Schutz von Klima und Umwelt. Solche Corporate Social Responsibility (CSR)-Aktivitäten, die zum Nachahmen einladen, sind ein unschätzbare Beitrag zum Wohl der Gesellschaft.

Stuttgart. Ein solches Engagement kleiner und mittlerer Unternehmen für gesellschaftliche Belange will der Mittelstandspreis für soziale Verantwortung in Baden-Württemberg sichtbar machen, würdigen und stärken. Daher loben das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau sowie Diakonie und Caritas in Baden-Württemberg zum 14. Mal den Mittelstandspreis für soziale Verantwortung aus. Sie unterstreichen damit die Rolle der Unternehmen im Südwesten: Die Unternehmen gestalten Zivilgesellschaft mit. Sie leisten einen wichtigen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Baden-Württemberg. Der Preis soll die Möglichkeiten des gesellschaftlichen Engagements aufzeigen und andere zur Nachahmung inspirieren.

Land, Caritas und Diakonie verleihen mit dem Preis als Auszeichnung auch die Lea-Trophäe. Sie steht für Leistung, Engagement und Anerkennung. Alle Unternehmen im Land mit maximal 500 Beschäftigten können sich ab sofort für den Mittelstandspreis für soziale Verantwortung bewerben. Voraussetzung ist, dass sie sich in Kooperation beispielsweise mit Wohlfahrtsverbänden, sozialen Organisationen und Einrichtungen, Umweltinitiativen oder (Sport-) Vereinen in einem Projekt gemeinsam gesellschaftlich engagieren. Die Bewerbungsfrist läuft bis zum 31. März 2020.

„Das gesellschaftliche Engagement gerade der kleinen und mittleren Unternehmen in Baden-Württemberg ist immer wieder aufs Neue beeindruckend“, so Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau des Landes Baden-Württemberg. „Mit ihren CSR-Aktivitäten beweisen sie nicht nur jede Menge Kreativität und Ideenreichtum, sondern auch, auf welcher vielfältigen Weise sie gesellschaftliche und soziale Verantwortung in unserem Land übernehmen. Ich freue mich, dieses herausragende Engagement auch im Jahr 2020 gemeinsam mit unseren Partnern von Caritas und Diakonie mit dem Lea-Mittelstandspreis auszeichnen zu dürfen.“

„Mit ihrem gesellschaftlichen Engagement zeigen viele Unternehmen, dass sie sich ihrer Verantwortung auch für die Zukunft unserer Kinder bewusst sind“, erklären die beiden Vorstandsvorsitzenden der Diakonischen Werke

in Baden-Württemberg, Oberkirchenrat Dieter Kaufmann (Württemberg) und Oberkirchenrat Urs Keller (Baden). Nachhaltigkeit sei ein zentrales Zukunftsthema.

„Für viele Unternehmen im Südwesten ist ihr Engagement selbstverständlich: Tagtäglich leisten sie ihren Beitrag, die Idee von einer solidarischeren Gesellschaft lebendig werden zu lassen“, so die beiden Caritasdirektoren Pfarrer Oliver Merkelbach (Stuttgart) und Ordinariatsrat Thomas Herkert (Freiburg). „Mit ihrem Engagement leisten sie einen Beitrag zur Demokratie, denn diese beginnt im Kleinen.“

Caritas, Diakonie und Ministerium wollen sich mit dem Mittelstandspreis für soziale Verantwortung in Baden-Württemberg dafür bei den Unternehmen im Land bedanken. Mit der öffentlichen Anerkennung dieser Leistungen sollen zugleich andere Unternehmen motiviert werden, ihr bisheriges gesellschaftliches Engagement fortzusetzen.

Zusammen mit den Bischöfen Dr. Gebhard Fürst (Diözese Rottenburg-Stuttgart) und Erzbischof Stephan Burger (Erzdiözese Freiburg) sowie den Landesbischöfen Dr. h. c. Frank Otfried July (Evangelische Landeskirche Württemberg), Prof. Dr. Jochen Cornelius-Bundschuh (Evangelische Landeskirche Baden) hat Ministerin Nicole Hoffmeister-Kraut die Schirmherrschaft für den bundesweit teilnehmerstärksten Wettbewerb im Bereich Corporate-Social-Responsibility von kleinen und mittleren Unternehmen übernommen. Die Bischöfe sind sich einig, dass dieser Preis Mut und Freude zum Mitwirken macht: „Wirtschaft ist für die Menschen da. Dieses Wort wird Wirklichkeit bei den Unternehmen, die beim Lea-Mittelstandspreis ausgezeichnet werden. Ihre Art, für ihre Mitarbeitenden und die Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen, beeindruckt uns – jenseits aller origineller und innovativer unternehmerischer Ideen und Leistungen.“

Weitere Informationen unter www.lea-mittelstandspreis.de.

Eine Bewerbung ist online möglich unter www.lea-mittelstandspreis.de. Eine Jury mit anerkannten Vertretern aus der Fach-, Wirtschafts- und Medienwelt entscheidet über die Vergabe der Preise, die am 8. Juli 2020 im Rahmen einer feierlichen Festveranstaltung im Neuen Schloss in Stuttgart verliehen werden.

Weitere Informationen: Wolfgang Hinz-Rommel,
Abteilungsleiter Freiwilliges Engagement, Tel.: 0711 1656-236,
E-Mail: hinz-rommel.w@diakonie-wuerttemberg.de

Verantwortungsvolle Führung öffentlicher Unternehmen

Der Deutsche Public Corporate Governance-Musterkodex (D-PCGK) ist eine Zusammenstellung von Grundsätzen zur verantwortungsvollen Steuerung, Leitung und Überwachung von und in öffentlichen Unternehmen und Organisationen der öffentlichen Hand mit selbständiger Wirtschaftsführung, die sich einschlägig bewährt haben. Der D-PCGK leistet – bei anforderungsgerechter Ausgestaltung – nützliche Beiträge zur Verbesserung der Public Corporate Governance.

Stuttgart. Seit 2002 gibt es den Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) der Regierungskommission, nur drei Jahre später hatten sich zahlreiche – sehr verschiedene – PCGKs etabliert. Der D-PCGM wird von verschiedenen Seiten einschlägig und vielfach gefordert. Eine Expertenkommission, an der auch Dr. Robert Bachert, Finanzvorstand der Diakonie Württemberg, beteiligt war, hat nun den Deutschen Public Corporate Governance-Musterkodex veröffentlicht.

Der Musterkodex soll bei der Evaluation von bestehenden PCGK und der Etablierung von neuen PCGK unterstützen, hilfreiche und nützliche Beiträge für einen Austausch im Arbeitsalltag zur kontinuierlichen Weiterentwicklung der Public Corporate Governance generieren, sowie Impulse zu möglichen Herangehensweisen an zahlreiche Governancefragen, für alle mit der Thematik befassten Akteursgruppen mit dem Ziel einer nachhaltigen Erfüllung öffentlicher Aufgaben, liefern. Er bündelt Erfahrungen und Kompetenzen sowie fundierte und neutrale Grundlage für die Diskussion und Etablierung von anforderungsgerechten Regelungen in dem PCGK einer Gebietskörperschaft. Er stellt eine Arbeitserleichterung dar und bringt Zeitersparnisse für verschiedene Personen und Personengruppen in den Gebietskörperschaften und Unternehmen.

Außerdem leistet er einen Beitrag zu einem rollenkonformen Verhalten zwischen den Gesellschaftern und Unternehmen im Sinne der öffentlichen Aufgabenerfüllung bei jeweiligen Freiheitsgraden, zur Stärkung des Vertrauens von Bürgerinnen und Bürgern in die öffentliche Hand und öffentliche Unternehmen und von Gesellschaftern und Investoren sowie von den Beschäftigten in öffentlichen Unternehmen in die öffentliche Hand. Zudem stärkt er übergreifend das Bewusstsein für verantwortungsvolle Public Corporate Governance und des gerechtfertigten Stellenwerts des Themas in der gesellschaftspolitischen Diskussion.

Eine Downloadfunktion und weitere Informationen sind unter www.pcg-musterkodex.de zu finden.

Weitere Informationen: Dr. Robert Bachert, Finanzvorstand Diakonie Württemberg, Tel.: 0711 1656-153, E-Mail: bachert.r@diakonie-wuerttemberg.de

Bundesweit erste evangelische Fairtrade-Fachschule für Sozialpädagogik

Maria Gießmann von der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) überreichte der Evangelischen Fachschule für Sozialpädagogik Herbrechtingen das Siegel als Fairtrade-Schule und gratulierte der ganzen Schulgemeinschaft zur erfolgreichen Kampagne.

Herbrechtingen. Die gesamte Schulgemeinschaft der Evangelischen Fachschule für Sozialpädagogik Herbrechtingen traf sich auf der Sitztreppe in der Aula, um die Auszeichnung als Fairtrade-Schule zu feiern. Maria Gießmann von der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) überbrachte offiziell das Siegel und holte dazu das gesamte Fairtrade-Team auf die Bühne. „Ich gratuliere der ganzen Schule zum Fairtrade-Siegel“, sagte Gießmann und überreichte die Urkunde, ein Gebäudeschild und ein großes Banner mit dem Logo der Kampagne. Schulleiterin Beate Sorg-Pleitner freute sich sehr darüber, dass das Projekt erfolgreich verlaufen ist. „Wir sind die erste evangelische Fairtrade-Fachschule für Sozialpädagogik, und zwar bundesweit!“, verkündete die Direktorin mit ein wenig Stolz in der Stimme.

Unter Federführung von Dozentin Simone Schmidbaur und dem intensiven Engagement der Studierendenvertretung SMV wurde im vergangenen Schuljahr ein Schulteam gegründet und ein Fair-Trade-Kompass für die Herbrechtinger Fachschule entwickelt. Als kleiner Dank und als Motivation zur Weiterarbeit bekamen bei der Siegel-Verleihung alle Schülerinnen und Schüler ein Schlüsselband mit der Aufschrift „Wir fair-lernen alles über Kinder“. Das Fairtrade-Thema soll weiterhin im Unterricht verankert bleiben, erläuterte die Direktorin, und soll sowohl im Bereich Religionspädagogik als auch in Deutsch und Englisch immer wieder aufgegriffen werden. In der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern spielen Kinderrechte, ein nachhaltiger Kita-Alltag und der faire Umgang miteinander eine wichtige Rolle. „Es geht um ein gerechtes Miteinander zwischen uns Menschen weltweit, und darum, dass wir die Erde schützen und bewahren, auf der wir alle gemeinsam leben“, unterstrich die Schulleiterin in Ihrer Begrüßungsrede. Auch der kleine Verkauf von fair gehandelten Mangostreifen und Schokolade soll im Schulhaus weitergehen. „Den bescheidenen Gewinn, den wir dabei erzielen, werden wir für ein gemeinnütziges Projekt spenden“, sagte Vertrauenslehrerin Schmidbaur, „das Fairtrade-Team der SMV wird sich dazu Gedanken machen und neue faire Projekte anstoßen.“

Weitere Informationen: Verein Evang. Ausbildungsstätten für Sozialpädagogik, Christine Haag-Merz, Press- und Öffentlichkeitsarbeit, Tel.: 0711 48 90 95 72, E-Mail: christine.haag-merz@ev-fs.de

Diakonie Stetten erinnert an ermordete Menschen mit Behinderungen

Die Gedenkstunde des Landtags von Baden-Württemberg in der Gedenkstätte Grafeneck ist für die Diakonie Stetten einmal mehr Anlass, um an die Euthanasie-Opfer der damaligen Anstalt Stetten zu erinnern und ihrer zu gedenken.

Kernen-Stetten. In Grafeneck auf der Schwäbischen Alb begann im Januar 1940 der systematische und planmäßige Mord an Menschen mit Behinderung. Auch 330 Menschen mit Behinderung aus der damaligen Heil- und Pflegeanstalt Stetten wurden in den berüchtigten „Grauen Bussen“ dorthin deportiert und gleich nach ihrer Ankunft in der Gaskammer umgebracht. Die Anstalt Stetten selbst wurde beschlagnahmt und geschlossen.

In der Diakonie Stetten wird die Erinnerung an die ermordeten Menschen mit Behinderung auf verschiedene Weise wachgehalten. So etwa beim jährlich am Ewigkeitssonntag stattfindenden liturgischen Gebet am „Stein des Gedenkens“ mit den eingravierten Namen der Opfer auf dem Gelände in Stetten. In unmittelbarer Nähe, im Foyer des Wildermuthsaals befindet sich seit kurzem die neu eingerichtete Kunstinstallation mit 330 Tonfiguren des Künstlers Jochen Meyder, die an die ermordeten Bewohnerinnen und Bewohner aus der Anstalt Stetten erinnern. Sie sind ein Teil seines Kunstprojekts mit insgesamt 10.654 Tonfiguren, die symbolisch für die in Grafeneck ermordeten Menschen stehen und in der dortigen Gedenkstätte ausgestellt sind.

Der Künstler wünscht sich, dass Besucher der Gedenkstätte die Figuren nach Hause mitnehmen und die Opfer dadurch über die Zeit symbolisch wieder der Welt zurückgegeben werden. Diesen Wunsch haben einige Bewohnerinnen und Bewohner der Diakonie Stetten aufgegriffen. Im Rahmen einer Fortbildung haben sie sich im Jahr 2017 mit den Euthanasie-Verbrechen beschäftigt und sind bei einem Besuch der Gedenkstätte in Grafeneck auf die Tonfiguren aufmerksam geworden. Die Kunstinstallation mit den von den Bewohnerinnen und Bewohnern zurückgeholten Tonfiguren ist frei zugänglich und kann tagsüber von Montag bis Sonntag im Foyer des Wildermuthsaals besichtigt werden.

Für den Vorstandsvorsitzenden der Diakonie Stetten, Pfarrer Rainer Hinz, ist die beständige Erinnerung an die Opfer ein wichtiges Anliegen. Anlässlich des Gedenktags für die Opfer des Nationalsozialismus und der Gedenkstunde des Landtags in Grafeneck sagt er: „80 Jahre nach den Euthanasie-Morden und 75 Jahre nach der Befreiung des KZ's Auschwitz gibt es nur noch wenige Zeitzeugen, die von den schrecklichen Ereignissen aus eigener Erfahrung berichten können. Umso wichtiger sind Anlässe wie die Gedenkstunde, um die Erinnerung an das Geschehene wachzuhalten und jeglichen Bestrebungen, die Würde und das Lebensrecht von Menschen infrage zu stellen, frühzeitig entgegenzutreten. Deshalb unterstützen wir auch die wichtige Arbeit der Gedenkstätte in Grafeneck und organisieren regelmäßig Besuche dorthin.“

Weitere Informationen: Diakonie Stetten, Steffen Wilhelm, Pressesprecher, Tel.: 07151 940-3102, E-Mail: steffen.wilhelm@diakonie-stetten.de

Grafische Werkstätte hat technisch aufgerüstet

Die Grafische Werkstätte, traditionsreiche Druckerei der Bruderhaus-Diakonie in Reutlingen, hat ihre Produktionsweise komplett umgestellt und sich vom traditionellen Offsetdruck verabschiedet. Seit kurzem ist eine Fuji Jetpress Digitaldruckmaschine das Herz der Druckerei, die seit Jahrzehnten bekannt ist für ihre hochwertigen Druckerzeugnisse – und dafür, dass sie neben hochqualifiziertem Druck-Fachpersonal auch Menschen mit psychischer Erkrankung auf anspruchsvollen und attraktiven Arbeitsplätzen beschäftigt.

Reutlingen. „Wir können mit der neuen Maschine unser bisheriges Angebot um ein Vielfaches erweitern und bieten zudem eine deutlich höhere, vom Offset-Verfahren nicht erreichbare Druckqualität“, erläutert Werkstattleiter Andreas Bauer. Die Maschine drucke höchst effizient, produziere keine Makulatur – in der Druckersprache die Bezeichnung für Abfall – und die Farben seien lebensmittelecht. „Die Qualität der Ausdrücke ist im Gegensatz zum Offset-Verfahren vom ersten bis zum letzten Bogen gleichbleibend hoch“, so Bauer, „die Fehlerquote sinkt auf ein Minimum, die Qualität steigt gleichzeitig auf ein Maximum.“

Die Grafische Werkstätte könne weiterhin alle Druckerzeugnisse anbieten, die sie bereits bisher angeboten habe. Die Möglichkeiten der neuen Maschine erweiterten aber das Produktspektrum vor allem im Bereich der kleinen bis mittleren Auflagen um ein Vielfaches. „Wir können hoch individualisiert drucken und weiterverarbeiten“, betont Bauer. „Theoretisch können wir jeden einzelnen Bogen eines Auftrags unterschiedlich bedrucken.“ Auch variable Aufträge wie Kalender mit verschiedenen Blättern ließen sich so in kleinen und kleinsten Auflagen „in einem Rutsch durchdrucken“. Die Maschine verbinde die Technik des Offsetdrucks mit den Möglichkeiten und Vorteilen des Digitaldrucks in optimaler Weise, ist Andreas Bauer überzeugt. Dazu kommt: Weil sich die Arbeitsprozesse geändert und an manchen Stellen auch vereinfacht haben, sind auch in der Weiterverarbeitung mehr Bereiche entstanden, in denen Werkstattbeschäftigte mit psychischer Erkrankung eingesetzt werden können.

Die herausragende Qualität der Drucke unterstreicht auch Drucktechniker Tim Czerwinski. „Das habe ich so zuvor noch nicht gesehen“, zeigt sich der erfahrene Drucker und Mediengestalter begeistert. „Wir können bei größerer Vielfalt der Produkte vom Flyer oder Kunstdruckkalender in Kleinstauflage über Zeitschriften bis hin zur Lebensmittelumverpackung in höchster Auflösung drucken.“ Die Jetpress-Druckmaschine der Grafischen Werkstätte sei eine von nur wenigen Maschinen im deutschsprachigen Raum, im Großraum Stuttgart drucke bisher ausschließlich die Grafische Werkstätte der BruderhausDiakonie mit dieser derzeit fortschrittlichsten Technik.

Weitere Informationen: BruderhausDiakonie, Martin Schwilk, Abteilung Kommunikation, Tel.: 07121 278-946, E-Mail: martin.schwilk@bruderhausdiakonie.de

Kurznachrichten

Bad Boll. Die Evangelische Akademie Bad Boll lädt zu einer Ausstellung ein. Ihre Faszination für die Form verbindet die beiden Künstler der ersten Ausstellung, obgleich sie in Material und Gestaltung sehr unterschiedlich sind. Bei den Werken der Stuttgarter Künstlerin Martina Geist handelt es sich um Holzschnitte/Holztafeln sowie textile Fahnen. Werner Stepanek hingegen arbeitet mit Metall und Stein. Die Ausstellung bringt die beiden unterschiedlichen künstlerischen Konzepte in einen Dialog. Die Ausstellung ist bis zum 31. März 2020 zu sehen. Weitere Informationen zur Vernissage/Ausstellung <https://www.ev-akademie-boll.de/tagung/936120.html> pm/ag

Personalnachrichten

Dr. Eberhard Goll, Vorstand Altenhilfe und Pflege der Samariterstiftung, wurde von der Mitgliederversammlung des Württembergischen Fachverbands für Altenhilfe (WEFA) zum Vorsitzenden gewählt. Für Goll ist es bereits die fünfte Amtszeit, die jeweils vier Jahre dauert. Zu den Mitgliedern gehören 40 diakonische Altenhilfe-Träger mit 220 Pflegeheimen. Sie beraten über wirtschaftliche Fragestellungen im Arbeitsgebiet und versuchen ein abgestimmtes Vorgehen aller Mitglieder bei Vergütungsverhandlungen und anderen Verhandlungen mit Kostenträgern zu erreichen. Daneben nimmt der WEFA zu Planungsvorhaben seiner Mitglieder Stellung und hilft beim Ausbilden und Weiterbilden der Beschäftigten. Hinzukommend spricht der Verband Empfehlungen zu Qualitätsstandards der Arbeit seiner Mitglieder und zu Verfahren der Qualitätssicherung aus

Prälatin Gabriele Arnold ist Vorsitzende des Stiftungsrats der Evangelischen Diakonissenanstalt Stuttgart. Sie wurde in der konstituierenden Sitzung gewählt. Arnold folgt als Vorsitzende auf Dr. Michael Frisch und freut sich auf ihre neue Aufgabe. „Das neue Amt ist für mich eine große Ehre. Ich fühle mich dem Erbe der Diakonissen verpflichtet. Zugleich will ich helfen, die Diakonissenanstalt auf ihrem Weg in die Zukunft zu begleiten.“ In der konstituierenden Sitzung des Stiftungsrates wurde zudem Harald Fuchs wieder zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Gabriele Arnold wurde 1961 in Stuttgart geboren. Sie studierte in Tübingen, Mainz und Berlin evangelische Theologie und ist seit Ende November 2016 Regionalbischöfin der Prälatur Stuttgart. Der Stiftungsrat der Evangelischen Diakonissenanstalt Stuttgart ist das Aufsichtsgremium der Evangelischen Diakonissenanstalt Stuttgart. Pm/ag